

Österreichs radikale Sparmaßnahmen: Wer muss jetzt bluten?

Österreichs Regierung implementiert seit April 2023 Sparmaßnahmen zur Vermeidung eines EU-Defizitverfahrens. Schwerpunkte sind der Klimabonus-Abbau und Steuererhöhungen.

Österreich, Österreich - Österreich steht vor bedeutenden finanziellen Herausforderungen, da die Regierung ab dem 1. April 2023 mit ersten Sparmaßnahmen zur Bekämpfung eines drohenden EU-Defizitverfahrens begonnen hat. Die Regierung plant bis Ende 2023 Einsparungen von mindestens 6,4 Milliarden Euro, um die elektronischen Warnsignale der EU zu adressieren. Das erste Konsolidierungspaket hat ein Volumen von 1,25 Milliarden Euro, das im März beschlossen wurde. Maßnahmen wie die Erhöhung der Tabaksteuern und die Verteuerung von Elektroautos sind bereits seit April in Kraft.

Die drastischste Maßnahme ist die Streichung des Klimabonus, die Österreich rund zwei Milliarden Euro einsparen soll. Diese Entscheidung betrifft vor allem ärmere Haushalte auf dem Land, die auf Autos angewiesen sind, wie das Projekt FAREcarbon aufzeigt. Zudem wird ab dem 1. Juni 2023 der Krankenversicherungsbeitrag für Pensionisten auf 6 % erhöht. Die Regierung hat auch angekündigt, dass unklare Einsparungen von 1,1 Milliarden Euro in den Ministerien erwartet werden, doch bis jetzt sind die Einsparungen dort nur marginal.

Maßnahmen zur Abwendung des Defizitverfahrens

Die Initiative zur Umsetzung dieser Maßnahmen wurde ursprünglich von der Blau-Schwarz-Koalition konzipiert und umfasst nun zahlreiche Anpassungen, die im Rahmen einer Einigung zwischen den Parteien Schwarzen, Roten und Pinken vorgenommen wurden. Laut **Kosmo** sind die Hauptpunkte des Sparpakets die Abschaffung des Klimabonus, die Einführung einer Bankenabgabe sowie Erhöhungen in verschiedenen Steuerbereichen.

- Abschaffung des Klimabonus für Einsparungen von etwa zwei Milliarden Euro.
- Teilweise Unterstützung für Pendler ab 2026 durch einen Absetzbetrag.
- Bankenabgabe wird ab 2025 auf 500 Millionen Euro pro Jahr erhöht.
- Verlängerung der Übergewinnsteuer für Energieunternehmen.
- Steuererhöhungen für große Immobilientransaktionen und Änderungen an Stiftungen.

Am Dienstag meldete das Finanzministerium, vertreten durch Finanzminister Gunter Mayr, dass Österreich das drohende Defizitverfahren erfolgreich abwenden konnte. Treffen mit EU-Kommissar Valdis Dombrovskis bestätigten, dass die vorgelegten Maßnahmen eine Reduktion des Defizits unter 3 % im Jahr 2025 ermöglichen werden. Diese Entwicklung wurde am **Finanzministerium** nach einem Schreiben von Dombrovskis veröffentlicht.

Langfristige Perspektiven

Mit der Abwendung des Defizitverfahrens bewahrt sich Österreich seine budgetpolitische Souveränität, was bedeutet, dass das Land nicht regelmäßig von der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission überprüft wird. Dies hat positive Auswirkungen auf die Fähigkeit Österreichs, künftig Geld zu günstigeren Konditionen am Finanzmarkt aufzunehmen.

Die bevorstehende Regierung wird die Umsetzung der Maßnahmen überwachen und muss sich schnell mit der Budgetkonsolidierung befassen. Während die aktuellen Sparmaßnahmen in der österreichischen Politik umstritten sind, wird der Einfluss auf die zukünftige finanzielle Gesundheit des Landes genau beobachtet werden. Mehrere Legislaturperioden und politische Entscheidungen werden entscheidend dafür sein, wie nachhaltig diese Maßnahmen wirken können.

Insgesamt steht Österreich vor einer kritischen Phase, in der weitreichende Entscheidungen getroffen werden müssen, um den finanziellen Handlungsspielraum des Landes für die kommenden Jahre zu sichern.

Details	
Vorfall	Finanzmarkt
Ort	Österreich, Österreich
Quellen	• www.oe24.at • www.kosmo.at • www.bmf.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at